Schreiner kritisiert Straßenbeiträge

FWG-Parlamentarier gegen geplanten Kompromiss

WILDECK/WIESBADEN. Die FDP hat in Wiesbaden einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem die hessischen Städte und Gemeinden künftig selbst entscheiden können, ob sie Grundstücksbesitzer für eine Straßensanierung zur Kasse bitten wollen oder nicht. „Das will die Landesregierung aus CDU und Grünen uns betroffenen Bürgern als Kompromiss verkaufen", kritisiert der FWG-Parlamentarier Dr. Kurt Schreiner aus Wildeck. „Das erinnert mich an eine italienische Erfindung, die sogenannte Mafia-Schaukel. Hierbei stranguliert sich das arme Opfer selbst durch ein Drahtseil, das um Hals und Füße gewickelt wird."

Kfz- und Mineralölsteuer

Nach Schreiners Einschätzung hat man in Wiesbaden nicht verstanden – oder will nicht verstehen – warum die Bürger sich derzeit vehement gegen die Erhebung von Straßenbeiträgen wehren: Fast jeder Bürger bezahle schon jede Menge an Steuern, die direkt oder indirekt mit der Benutzung von Straßen verbunden sind. „Erinnert sei beispielsweise an die Kfz-Steuer und die Mineralöl-Steuer, die schon bald durch die Pkw-Maut ergänzt werden sollen", betont Schreiner.

Teils existenzbedrohend

„Für den einzelnen Bürger können die bisher erhobenen Straßenbeiträge, egal ob in der Version einmalig oder wiederkehrend, existenzbedrohend ausfallen, wofür es zahllose gravierende Beispiele gibt." Gerecht seien sie auf keinen Fall. Man müsse diese Situation auch unter dem Aspekt betrachten, dass Bund und Land finanziell hervorragend ausgestattet seien. Man könnte also, wenn man nur wollte, die Straßenbeiträge komplett übernehmen, anstatt den Bürgern das dafür nötige Geld zum zweiten mal aus der Tasche zu ziehen.

„Kompro-Mist"

Der als Fortschritt angebotene Kompromiss erweise sich bei genauer Betrachtung als wortreich verpackter, substanzloser Kompro-Mist.

Ihren Protest hatte die FWG-Wildeck schon in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, die von allen Parteien im Wildecker Gemeindeparlament einstimmig verabschiedet wurde. (red/dup)